

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2195

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2195



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

MEDIENKONFERENZ VOM 6. SEPTEMBER 2019

Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident

Lohnerhöhungen um die Kaufkraft zu stärken

Die alljährliche SGB-Lohnmedienkonferenz ist zweifellos eine Art Tradition. In einer Welt, in der alles umgekrempelt wird, ist es gut, dass sich gewisse Dinge nicht ändern.

Das Umfeld in dem wir uns dieses Jahr zu den Löhnen äussern, unterliegt einem starken Wandel. Überall schiessen die Gerüchte von Krise und Rezession ins Kraut. Wie Daniel Lampart zeigen wird, sind diese Mutmassungen für unser Land stark übertrieben, bergen aber das Risiko von sich selbsterfüllenden Prophezeiungen. Dennoch ist die Angst, die uns aus den Finanz- und Wirtschaftsseiten der Zeitungen entgegenschlägt, zweifellos real. Sie ist Ausdruck eines grundsätzlichen Problems: Die Volkswirtschaften der grossen Industrieländer haben sich nach der Finanzkrise 2008 einzig dank der entgegenkommenden Politik der Zentralbanken erholt, dank günstiger Verschuldung. Doch dieses notwendige Instrument zur Wiederbelebung der Wirtschaft gelangt mit den Negativzinsen an seine Grenzen. Wenn eine neue Krise kommt, stellt sich die Frage, welcher Handlungsspielraum bleibt. Was können die Zentralbanken tun, falls die zahlreichen Spekulationsblasen, die mindestens so gross sind wie jene vor der Finanzkrise, platzen?

Eine der ins Auge gefassten Lösungen ist, der Bevölkerung direkt Geld zu verteilen. Die zunächst als widersinnig abgestempelte Idee wird in Varianten immer weiterentwickelt, auch von Kreisen, von denen man es nicht erwarten würde. Doch wir möchten hier lieber klassische Instrumente zur Ankurbelung der Wirtschaft in Erinnerung rufen, die in der Vergangenheit ihre Effizienz bereits bewiesen haben: Lohnerhöhungen und die Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit.

In einem Land, das in den letzten zwei Jahren ein starkes Wirtschaftswachstum, hohe Gewinnmargen der Firmen, eine moderate Arbeitslosigkeit, deutliche Überschüsse der öffentlichen Hand und gleichzeitig Reallohnsenkungen kannte, gibt es Spielraum für Lohnerhöhungen. Vania Alleva und Daniel Münger werden die Lage und die Forderungen in den wichtigsten Branchen des privaten und des öffentlichen Sektors präsentieren. Ich selber möchte zwei Punkte hervorheben.

Zunächst möchte ich die Bedeutung unterstreichen, die Gesamtarbeitsverträge und sozialpartner-schaftliche Instrumente haben, um die Lohnpolitik – ein volkswirtschaftlich zentrales Instrument – zu steuern. Wenn alle anerkennen, dass das einzige Mittel für einen dauerhaften Wirtschaftsaufschwung in der Weitergabe der Kaufkraft an die Bevölkerung liegt, braucht es im grossen Stil kollektive Verhandlungsinstrumente, um dies umzusetzen. Keine Firma – selbst die grösste – wird eine solche makroökonomische Verantwortung alleine schultern. Nur organisierte Branchen kön-

nen dies tun. Deshalb müssen die sozialpartnerschaftlichen Instrumente, die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Regulierung der Lohnpolitik verteidigt und weiterentwickelt werden. Wir werden in dieser Frage entschieden kämpfen, sowohl gegenüber der EU als auch gegenüber der SVP, welche mit ihrer gegen die Personenfreizügigkeit gerichtete Kündigungsinitiative im Grunde diese Instrumente der Lohnregulierung im Visier hat. Instrumente notabene, die wir aufgebaut und die ihren Nutzen bewiesen haben, selbst wenn sie bei weiten noch nicht genügend ausgestaltet sind.

Mein zweiter Punkt betrifft die Lage der Frauen im Arbeitsmarkt. Am 14. Juni 2019 hat die Schweiz ein Ereignis von historischer Bedeutung erlebt. Die Masse von Frauen und solidarischen Männern, die an diesem Tag auf die Strasse ging, war so gross, dass sie niemand verlässlich beziffern kann. Die weit verbreitete Schätzung hat sich bei mehr als einer halben Million Personen eingependelt. Doch die wirkliche Zahl dürfte noch weit grösser gewesen sein. Wie auch immer: es war die grösste soziale Bewegung in der Schweiz seit dem Generalstreik von 1918. Der Frauen*streik signalisiert eine Epochenwende und muss das Feld öffnen für konkrete und dauerhafte Massnahmen auf allen Ebenen – sei es im Alltag, sei es in Gesamtarbeitsverträgen, sei es auf Gesetzesebene. Die an dieser Massenmobilisierung beteiligten Organisationen haben dazu schon viele Baustellen eröffnet. Die Gewerkschaften werden von den Lohnverhandlungen profitieren, um für die Frauen spezifische Fortschritte zu erzielen.

Ich möchte einen sehr weiblichen Sektor hervorheben, wo es nun mit Unterstützung der öffentlichen Hand Bewegung braucht: die Pflege. Die Löhne des Pflegepersonals sind völlig ungenügend angesichts der harten Arbeit und des Umstandes, dass die Attraktivität dieser Berufe erhöht werden muss. Da gleichzeitig die Gesundheitskosten unter Kontrolle gehalten werden müssen, braucht es einen Ausgleich mit den Löhnen der Spezialärzte. Der Staat verfügt über die Mittel, um eine solche Entwicklung in Gang zu setzen. Er kann auf Bundesebene über die Tarifstrukturen für Ärzte eingreifen, so wie er es bereits 2018 erfolgreich tat. Der Staat kann auf kantonaler Ebene Lohnsysteme in der Hauspflege, in den Pflegeheimen und in den subventionierten Spitälern durchsetzen. Der steigende Bedarf an qualifizierten Fachkräften ist in diesem Sektor ausgewiesen. Dies ist einer der zentralen Aspekte des Demografie-Schocks, der uns wegen der Alterung der Gesellschaft erwartet. Es gilt jetzt zu handeln.

Bevor es zu der von einfallsreichen, ehemaligen Zentralbankern imaginierten Verteilung der Geldmenge per Helikopter kommt, verlangt der SGB von den Branchen und Firmen, mit denen die Gewerkschaften verhandeln und auch von allen anderen, dass sie die steigenden volkswirtschaftlichen Risiken ernst nehmen, generelle Lohnerhöhungen von mindestens 2 Prozent gewähren und für die Frauen zusätzliche Anstrengungen unternehmen.

CONFÉRENCE DE PRESSE DU 6 SEPTEMBRE 2019

Pierre-Yves Maillard, président de l'USS

Des hausses de salaire pour relancer le pouvoir d'achat

La Conférence de presse de l'USS sur les revendications salariales est sans doute une forme de tradition. Dans ce monde bouleversé, il est bon que certaines choses dans notre société ne changent pas.

Le contexte dans lequel nous nous exprimons cette année, lui, est en profonde mutation. De partout bruissent les rumeurs de crise et de récession. Comme Daniel Lampart le montrera, ces rumeurs sont pour notre pays en grande partie exagérées, avec un risque qu'elles deviennent des prophéties auto-réalisatrices. Pourtant, l'angoisse qui transpire dans les pages financières et économiques des grands journaux est sans doute réelle. Elle peut se résumer en un problème de fond : l'économie des grands pays industrialisés s'est relevée après la crise de 2008 essentiellement par la politique accommodante des banques centrales, c'est-à-dire par l'endettement à bon marché. Or, ce moyen nécessaire de relance de l'économie touche à ses limites. Cette limite a déjà été poussée jusqu'en dessous du plancher, avec des taux négatifs. Dès lors, si une nouvelle crise survient, que restera-t-il comme levier d'action ? Si les multiples bulles spéculatives qui sont au moins aussi grosses aujourd'hui qu'avant la crise de 2008 explosent, que pourront faire les banques centrales ?

L'une des solutions envisagées, c'est de distribuer directement de l'argent à la population. D'abord jugée incongrue, cette idée sous diverses variantes est de plus en plus développée dans des cercles pour le moins inattendus. Mais nous tenons à rappeler l'existence d'outils classiques qui ont déjà fait leur preuve pour relancer l'activité : la hausse des salaires et le développement de la protection sociale.

Dans un pays qui a connu ces deux dernières années une croissance économique forte, des marges bénéficiaires élevées pour les entreprises, un chômage modéré, des comptes publics nettement excédentaires et des salaires réels en régression, il existe des marges de manœuvre pour augmenter les salaires. Vania Alleva et Daniel Münger décriront la situation et les revendications dans les principales branches des secteurs publics et privés. Pour ma part, j'insisterai sur deux points.

D'abord, je veux souligner l'importance des conventions collectives de travail et des instruments du partenariat social pour piloter cet instrument d'économie nationale qu'est la question des salaires. Si tout le monde reconnaît que le seul moyen de relancer durablement l'économie, c'est de redistribuer du pouvoir d'achat à la population, il faut des instruments de négociation collective à grande échelle pour le réaliser. Aucune entreprise isolée, même la plus grande, ne va prendre

individuellement à sa charge une telle responsabilité macroéconomique. Seules des branches organisées peuvent le faire. C'est pourquoi, il faut défendre et développer les instruments du partenariat social, les mesures d'accompagnement à la libre circulation et la régulation de la politique salariale. Notre combat sur ce thème sera déterminé, à l'égard de l'Union européenne (UE) autant qu'à l'égard de l'UDC qui par son initiative contre les bilatérales vise en fait ce dispositif de régulation des salaires que nous avons bâti et qui a fait ses preuves, même s'il est encore nettement insuffisant.

La seconde remarque tient à la situation des femmes sur le marché du travail. Le 14 juin 2019, notre pays a vécu un événement de portée historique. La foule de femmes et d'hommes solidaires qui s'est mobilisée ce jour-là est telle que personne n'est véritablement parvenu à la chiffrer. Le consensus s'est établi à un demi-million de personnes, mais la réalité est sans doute bien au-delà. Quoi qu'il en soit, c'est le plus important mouvement social en Suisse depuis la grève générale de 1918. Ce jour indique un changement d'époque et doit ouvrir le champ à l'action concrète de longue durée à tous les niveaux, dans la vie quotidienne, dans les contrats collectifs comme au plan législatif. De nombreux chantiers sont ouverts par les organisations qui ont soutenu cette mobilisation. Les organisations syndicales essaieront dans les prochaines négociations salariales d'obtenir des avancées spécifiques pour les femmes.

J'aimerais citer un secteur d'activité très féminin où les choses doivent bouger, avec l'appui des pouvoirs publics : c'est celui des soins. Dans ce domaine, les revenus des infirmières et des aides aux soins sont insuffisants en regard de la pénibilité de ce travail et du besoin de renforcer son attractivité pour l'avenir. Et puisqu'il faut maîtriser l'évolution de la facture des coûts de la santé, des rééquilibres avec les revenus des médecins spécialistes sont nécessaires. L'État dispose des moyens de provoquer cette évolution. Il peut intervenir au niveau fédéral sur les structures tarifaires médicales. Il l'a fait en 2018 avec succès. Et il peut au niveau cantonal imposer des barèmes salariaux dans le domaine des soins à domicile, des EMS et des hôpitaux subventionnés. Le besoin croissant de forces de travail qualifiée dans ce domaine est avéré. C'est l'un des aspects cruciaux du choc démographique lié à la personne âgée qui nous attend. Il faut agir maintenant.

En attendant une hypothétique opération de distribution de masse monétaire par hélicoptère, selon l'image suggérée par certains anciens banquiers centraux imaginatifs, l'USS demande donc aux branches et entreprises suisses avec lesquels elle est en négociation ainsi qu'aux autres de prendre la mesure des risques macroéconomiques qui augmentent, de consentir à des hausses générales de salaires de 2 % au moins et de faire des efforts supplémentaires pour les femmes.

MEDIENKONFERENZ SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND (SGB)

Freitag, 6. September 2019

Generelle Lohnerhöhungen stärken die Kaufkraft und beteiligen Arbeitnehmende am wirtschaftlichen Erfolg

Daniel Münger, Präsident der Gewerkschaft syndicom

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren Medienschaffende

Die Schweizer Wirtschaft lief 2018 rund. Einen grossen Beitrag dazu haben die Arbeitnehmenden geleistet. Mit ihrem täglichen Einsatz haben sie die Wertschöpfung erarbeitet, die die Gewinne der Unternehmen und das Wachstum der Wirtschaft von 2,8 Prozent (2018) ermöglicht haben. Dabei mussten 2017 und 2018 die Arbeitnehmenden gemäss Bundesamt für Statistik einen realen Lohnrückgang hinnehmen. Das darf sich 2019 nicht wiederholen und hier besteht Nachholbedarf. Am effektivsten wirken generelle Lohnerhöhungen, die deutlich über der Teuerung liegen.

Auch bei der Lohngleichheit besteht Nachholbedarf. Das hat der Frauenstreik vom 14. Juni 2019 gezeigt. Lohngleichheit war da eine der Hauptforderungen. Die anstehenden Lohnverhandlungen bieten den Arbeitgebern die Möglichkeit, ihre Versäumnisse der Vergangenheit gutzumachen und ihren weiblichen Mitarbeitenden neben der regulären Lohnerhöhung auch einen Beitrag zur Lohngleichheit zu gewähren.

Wir fordern nun 2 Prozent generelle Lohnerhöhung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Branchen Medien, Logistik und Informations- und Kommunikationstechnologie. Warum 2 Prozent? Das SECO rechnet für 2019 mit einer Teuerung von 0,6 Prozent. Dazu kommt noch die Steigerung der Krankenkassenprämien. syndicom fordert deshalb gemeinsam mit dem SGB eine generelle Lohnerhöhung von 2 Prozent. So können die Arbeitnehmenden eine reale Lohnerhöhung von gut 1 Prozent erhalten. Rechnet man das reale Lohn-Minus ein, das 2017 und 2018 hingenommen werden musste und das nun ausgeglichen werden muss, kommt man auf eine Lohnerhöhung von einem Drittel Prozent pro Jahr – inklusive 2019. 2 Prozent generelle Lohnerhöhung sind damit keine überhöhte Forderung, sondern eine moderate Anpassung. Denn substanzielle Realloohnerhöhungen nützen nicht nur den Arbeitnehmenden, sondern der gesamten Schweizer Wirtschaft.

2019 wird die wirtschaftliche Dynamik abnehmen. Die Unsicherheit auf den Weltmärkten und die zu erwartende Bremsung in Europa macht eine Stärkung der Binnenwirtschaft umso dringender. Substanzielle Reallohn-Erhöhungen, die die Kaufkraft verbessern, sind nicht nur sozial, sondern auch effizient. Davon profitiert besonders die breite Bevölkerung mit tiefen und mittleren Einkommen, die den inländischen Konsum stützt.

Die Unternehmen unserer Branchen ICT, Medien und Logistik blicken auf ein solides Jahr zurück. Angesichts der Produktivitätsentwicklung in der ICT-Branche sowie des guten Geschäftsganges bei **Swisscom** ist eine spürbare Realloohnerhöhung für 2019 angebracht. Die vergleichbare Entwicklung von **Sunrise, UPC und Salt** macht dort Lohnerhöhungen in der gleichen Höhe möglich. Das weiterhin

hohe Auftragsvolumen im Netzbau sorgt für eine stabile und gute Perspektive. Einer Lohnrunde von 2 Prozent steht hier nichts im Wege.

Für die grossen Medienunternehmen erwartet syndicom erfolgreiche Jahresergebnisse. Dies trotz schwierigem Branchenumfeld mit dem anhaltenden Rückgang der Werbung im Print und der anhaltenden Versuchung, Druckaufträge ins Ausland zu verlagern. Im Fokus stehen für uns die grossen Medienhäuser mit ihrer breiten Diversifizierung in neue, gewinnträchtige Geschäftsfelder wie **Ringier**, die **NZZ-Gruppe**, **CH Media** und **Tamedia**. Auch hier steht einer Lohnrunde von 2 Prozent nichts im Weg!

Ebenso stabil zeigt sich die Entwicklung bei der **Post**. Auch 2019 wird die Post Gewinne schreiben, die eine Lohnerhöhung von 2 Prozent ermöglichen. Die **Logistik** ist ganz allgemein eine Wachstumsbranche, was auch am intensiven Wettbewerb der Logistik-Unternehmen zu erkennen ist. Das verlangt viel von den Mitarbeitenden ab. Mit der zunehmenden Digitalisierung der gesamten Wertschöpfungskette wird die Produktivität stetig gesteigert. So können die Betriebe höhere Auftragsvolumen häufig ohne zusätzliches Personal bewältigen. Substanzielle Lohnerhöhungen sind deshalb mehr als angebracht.

Im öffentlichen Verkehr müssen wir differenzieren. Während bei PostAuto, wie im ganzen Postkonzern, 2 Prozent gefordert werden, finden bei der **SBB** dieses Jahr keine Lohnverhandlungen statt. Dies wurde bei der Erneuerung des GAV festgelegt. Die Lohnsysteme bei der SBB und den meisten Transportunternehmen, die der **SEV** organisiert, beinhalten indessen einen jährlichen individuellen Lohnanstieg. Der SEV legt dieses Jahr die Schwerpunkte auf den Teuerungsausgleich, auf generelle Lohnerhöhungen, die Ausweitung des Mutterschaftsurlaubs auf 18 Wochen und auf einen Ausbau des Vaterschaftsurlaubs.

Eine wichtige Lohnforderung von syndicom betrifft die Frauen in unseren Branchen Logistik, Medien und ICT. Der historische Frauen*streik vom 14. Juni wurde getragen von Zehntausenden jungen Frauen, die auf die Strasse gingen. Kernthema war die Lohnungleichheit, die für die Gewerkschaften seit Jahrzehnten zentral ist. Damit alle Frauen den ihnen zustehenden Lohn erhalten, der ihnen seit Jahrzehnten verwehrt wird. Zur Erinnerung: Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt schweizweit immer noch etwa 20 Prozent. Bei einigen syndicom-Sozialpartnern wie der Post oder der Swisscom, die Lohngleichheits-Analysen durchführen, sieht es deutlich besser aus. Ihre Lohndifferenz liegt unter der vom Bund definierten Toleranzschwelle von 5%. Dennoch: Eine Differenz liegt vor. Um die Lohnungleichheit zu beenden, braucht es deshalb weitere Schritte und klare Ziele.

Die anstehenden Lohnverhandlungen bieten rasch einen konkreten Hebel, der sich unbürokratisch umsetzen lässt. syndicom fordert deshalb neben der generellen Lohnerhöhung von 2 Prozent für alle Arbeitnehmenden zusätzlich eine Erhöhung für Frauen, um die herrschende Lohnungleichheit zu bekämpfen. Die Höhe muss in den Lohnverhandlungen definiert werden und kann je nach Betrieb und Nachholbedarf festgelegt werden. Doch den Grundsatz, dass es neben der generellen Lohnerhöhung für alle spezifische Lohnanpassungen für die Frauen braucht, wird syndicom in den Lohnverhandlungen vertreten.

syndicom fordert in der Praxis von den Unternehmen, dass sie eine Anlaufstelle im Betrieb einrichten, wo Mitarbeitende ihren Lohn auf Gleichheit oder Ungleichheit überprüfen lassen können. Auf Initiative von syndicom wird die Post eine solche Anlaufstelle einrichten. Dazu gehört unbedingt ein vordefinierter Prozess, der das Vorgehen regelt, wenn individuelle Lohndiskriminierung festgestellt wird. Zudem erwartet syndicom von ihren Sozialpartnern Massnahmen, die es den Mitarbeitenden ermöglichen, ihren Lohn klar zu verorten und allfällige Lohndiskriminierung feststellen zu können. Denn trotz bereits

umgesetzter Massnahmen wie offen gelegten, fairen Lohntabellen ist die Transparenz beim Lohn für den Lohnvergleich in der Schweiz immer noch sehr schwierig.

Das Ziel von syndicom ist, die Lohngleichheit in allen Branchen und allen Betrieben zu verwirklichen.

Weitere Informationen:

Daniel Münger, Präsident syndicom, 079 215 49 33

MEDIENKONFERENZ VOM 6. SEPTEMBER 2019

Daniel Lampart, SGB-Sekretariatsleiter

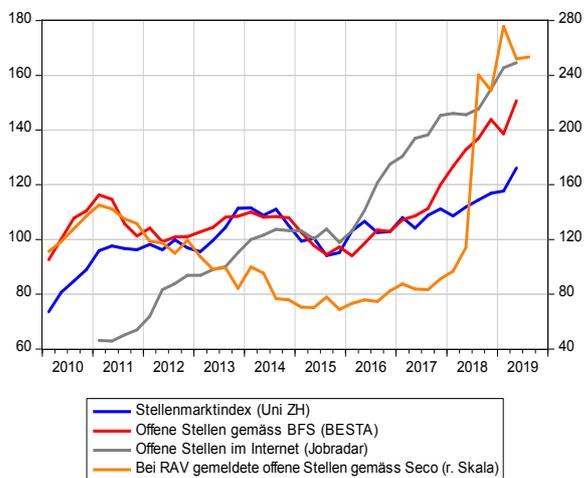
Lohnerhöhungen von 2 Prozent – und für die Frauen endlich eine spürbare Korrektur nach oben

Gute Geschäftslage der Schweizer Firmen – Exportkonjunktur fängt sich

Die Schweizer Konjunktur ist besser als oft dargestellt. Die Firmen suchen so viele Arbeitskräfte wie nie in den letzten 10 Jahren. Das zeigen alle Statistiken zu den offenen Stellen.

Offene Stellen in der Schweiz: Verschiedene Statistiken

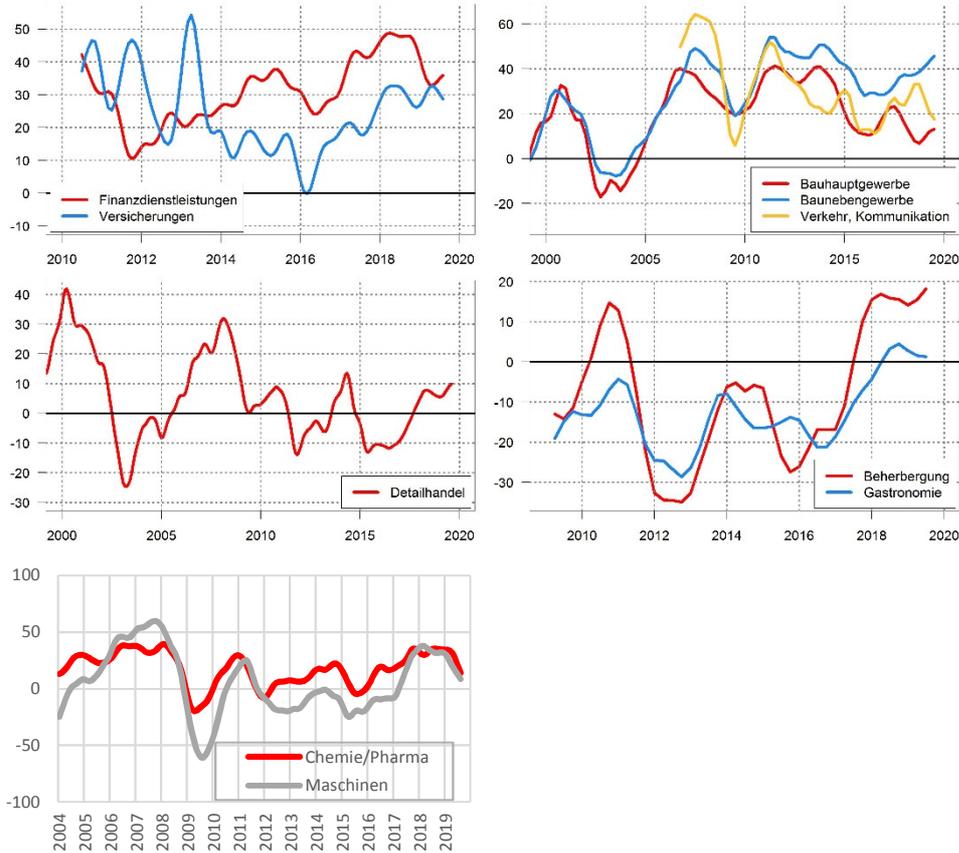
(Indikatoren)



Die Geschäftslage ist in nahezu allen Branchen gut oder zumindest befriedigend. Das zeigen die Unternehmensumfragen der KOF ETH. Die Firmen verdienen Geld. Namentlich im Finanzsektor und im Bau. Aber auch in der Hotellerie, im Gastgewerbe und in Teilen des Detailhandels läuft es besser.

Beurteilung der Geschäftslage in den einzelnen Branchen¹

(Saldo gemäss KOF-Umfrage, saison- und extremwertbereinigt)



Die Industrie spürte in den letzten Monaten die internationale Konjunkturabkühlung. Oft wird die Lage zu schwarz gemalt. Gemäss den KOF-Umfragen ist die Geschäftslage nach wie vor im Positivbereich. Die Erwartungen haben sich stabilisiert. Die Industriefirmen rechnen für die nächsten Monate wieder mit leicht anziehenden Exporten.

Industrie: erwartete Exporte in den nächsten 3 Monaten

(Saldo gemäss KOF-Umfrage, saisonbereinigt)



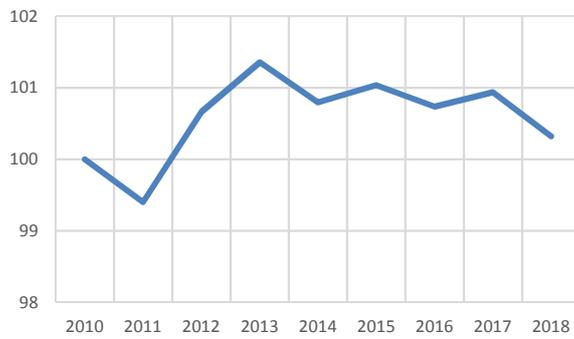
¹ Die Grafiken bilden den so genannten Umfragesaldo ab: Prozent der Firmen mit „guter Geschäftslage“ minus Firmen mit „schlechter Geschäftslage“. Wenn alle Firmen eine „gute Geschäftslage“ melden, liegt der Wert bei 100. Haben alle eine „schlechte Geschäftslage“ beträgt der Saldo -100.

Reallohnrückgang trotz starkem Wachstum

In den letzten drei Jahren ging es mit der Schweizer Wirtschaft spürbar aufwärts. Doch die Arbeitnehmenden sahen kaum etwas davon. Die Arbeitslast stieg. Doch beim Lohn tat sich nichts. Im Gegenteil: Die Reallöhne gingen um 0.6 Prozent zurück! Das ist nicht nur ungerecht. Sondern es gefährdet zunehmend die wirtschaftliche Entwicklung im Inland. Die Schweizer Detailhandelsumsätze beispielsweise hinken im internationalen Vergleich mittlerweile massiv hinterher. Der Pro-Kopf-Konsum (ohne Gesundheitsausgaben) sank seit 2015 real um rund 0.7 Prozent. Ohne spürbare Lohnerhöhung wird sich diese Entwicklung verschärfen.

Realer Konsum ohne Gesundheitsausgaben pro Kopf

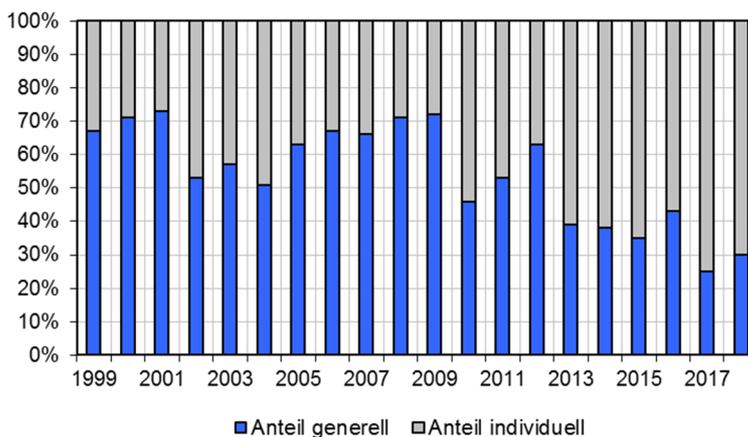
(2010=100)



Der Anteil der generellen Lohnerhöhungen ist auf rund 30 Prozent gesunken. Ein wesentlicher Faktor dürfte die aufgrund der Frankenüberbewertung ausbleibende Teuerung gewesen sein. Zahlreiche Arbeitgeber wollten die Löhne nur noch individuell erhöhen.

Generelle und individuelle Lohnerhöhungen in GAV

(Anteile in Prozent)



Benachteiligung im Berufsleben: Den Frauen reicht es

Der Frauen*streik am 14. Juni stellte alle bisherigen politischen Manifestationen in den Schatten. Mehr als 500'000 Frauen gingen auf die Strasse, um gegen die Benachteiligungen – insbesondere im Berufsleben – zu demonstrieren. Der Protest ist mehr als berechtigt. Der effektive Nettolohn der Frauen ist im Durchschnitt rund ein Drittel tiefer als derjenige der Männer. Mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen verdient netto sogar weniger als 4000 Fr./Mt. Selbst auf Vollzeit hochgerechnet beträgt der Unterschied noch 18.3 Prozent.

Zwei Prozent mehr Lohn - sowie ein deutliches Plus für die Frauen

Die Verbände des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB fordern Lohnerhöhungen von 2 Prozent. Diese Lohnerhöhungen sollen generell, d.h. für alle MitarbeiterInnen im Betrieb erfolgen. Die Teuerung dürfte im laufenden Jahr knapp 0.5 Prozent betragen. Dazu kommen weiter steigende Krankenkassenprämien, wobei hier weniger die Preisentwicklung, sondern die steigende Menge an konsumierten Gesundheitsdienstleistungen ausschlaggebend ist. Die Arbeitsproduktivität steigt um knapp 1 Prozent pro Jahr (real).² Effektiv dürfte das Wachstum noch höher sein, da diese Zahlen die tatsächliche Entwicklung unterschätzen.³ Aufgrund der gesunkenen Reallöhne ergibt sich bei den Löhnen ein erheblicher Nachholbedarf. Der Aufschwung muss auch dazu genutzt werden, um den Lohnrückstand der Frauen zu korrigieren. Die SGB-Verbände fordern ein deutliches Plus für die Frauen.

² Zur Ermittlung der technisch bedingten Erhöhung der Arbeitsproduktivität müssen Mehrjahresdurchschnitte oder geglättete Statistiken verwendet werden, da sonst die konjunkturellen BIP-Schwankungen im Nenner die Jahres-Ergebnisse dominieren.

³ Zur Berechnung der realen Wertschöpfung deflationiert das BFS die nominalen Wertschöpfungszahlen in gewissen Dienstleistungsbranchen mit den Lohnindizes. Diese Lohnindizes enthalten jedoch nicht nur den Teuerungsausgleich, sondern auch eine Erhöhung infolge der höheren Produktivität. Ein Teil des Produktivitätsanstiegs wird deshalb „wegdeflationiert“.